

peace brigades international

pbi Rundbrief

Winter 2016/17



In dieser Ausgabe

ISSN 1619-2621

Bericht aus Kolumbien:

Ein Abkommen und doch kein Frieden

Bericht und Interview: Burundische

Menschenrechtsverteidiger_innen im kenianischen Exil





Liebe_r Leser_in,

2016 war ein ereignisreiches Jahr für pbi. Wir haben unser 25-jähriges Bestehen in Deutschland gefeiert und in den Projektländern von pbi ist viel passiert, so auch in Kenia und Kolumbien.

Die Hoffnungen waren groß. Zwar war vielen Beobachter_innen und vor allem den Betroffenen der Gewalt in Kolumbien klar, dass eine Einigung zwischen der Guerillaorganisation FARC und der Regierung nicht das endgültige Ende der Konflikte bedeuten würde. Doch nach mehr als 50 Jahren der bewaffneten Auseinandersetzung schien ein bedeutender Schritt Richtung Frieden greifbar. Umso unerwarteter war der Ausgang des Referendums über den Friedensvertrag am 2. Oktober dieses Jahres, auch für pbi und die begleiteten Menschenrechtsverteidiger_innen in Kolumbien. Die Entwicklungen im Friedensprozess und die aktuelle Situation in Kolumbien beleuchtet der Artikel ab Seite 4 in dieser Ausgabe des Rundbriefes.

In unserem Beitrag zu Burundi (ab Seite 10) betrachten wir die prekäre Situation von burundischen Journalist_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen, die im Nachbarland Kenia Schutz vor staatlicher

Repression suchen. Auch aus dem Exil heraus versuchen viele, weiter aktiv zu sein, Informationen zu beschaffen und über die Lage in ihrem Heimatland zu berichten, weshalb sie über die Landesgrenzen hinaus verfolgt werden. pbi in Kenia unterstützt die geflüchteten Menschenrechtsverteidiger_innen durch Begleitung und Sicherheitstrainings.

Das pbi Bildungsprojekt hat in einer gemeinsamen Initiative mit anderen Bildungsträgern in Hamburg ein neues Projekt des Globalen Lernens ins Leben gerufen. Ab Seite 8 stellen wir die KulturKapelle im Stadtteil Wilhelmsburg und die Aktivitäten des Bildungsprojektes dort vor.

Unser Jubiläumsjahr geht zu Ende, deswegen möchten wir an dieser Stelle noch einmal allen danken, die unsere Arbeit unterstützen. Wie auch Sie ein Jubiläum zum Anlass nehmen können, um Gutes zu tun, erfahren Sie auf der vorletzten Seite.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre.

Für die Rundbriefredaktion

Nadine Rosenkranz

Zivile Konfliktbearbeitung stärken

► Die Bundesregierung erarbeitet gerade unter Federführung des Auswärtigen Amtes neue „Leitlinien für Krisenengagement und Friedensförderung“. Diese sollen den seit 2004 geltenden Aktionsplan für diesen Bereich ablösen. Der auslaufende Aktionsplan kam auch durch das Bemühen der Friedensbewegung zustande und sollte Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung in die Politik einbringen. Mit den neuen Leitlinien möchte die Regierung nun auf die Herausforderungen angesichts weltweiter Krisen und Konflikte reagieren. pbi fordert mit weiteren zivilgesellschaftlichen Gruppen, dass die Bundesregierung in den Leitlinien den Schwerpunkt auf die Prävention von Kon-

flikten legt und Maßnahmen der zivilen Konfliktbearbeitung und Friedensförderung entschiedener ausbaut. Dafür ist auch wichtig, ziviles Handeln klar von militärischem zu trennen. Friedensarbeit, wie sie etwa der Zivile Friedensdienst macht, darf nicht zum Deckmantel für Kriegseinsätze werden. Für eine wirklich kohärente Außenpolitik müssen zudem die beteiligten Ressorts ihr Handeln abstimmen, damit nicht etwa Schritte des Wirtschaftsministeriums denjenigen des Ministeriums für Entwicklungszusammenarbeit entgegenwirken. Um diese Ziele zu erreichen, muss die deutsche, aber auch die globale Zivilgesellschaft in die Pläne der Bundesregierung eingebunden werden.

Mehr Freiwillige

► Schon in der letzten Ausgabe des Rundbriefes haben wir über die gefährliche Lage von Menschenrechtsverteidiger_innen in Honduras berichtet. Im besonderen Maße betroffen sind Umweltaktivist_innen sowie Homosexuelle, Trans*-Menschen und jene, die sich für LGBTI-Rechte einsetzen. Sie werden verfolgt, bedroht und schlimmstenfalls umgebracht. Große Aufmerksamkeit erregte der Fall der bekannten Umweltaktivistin Berta Cáceres, die Anfang des Jahres in ihrem Haus ermordet wurde.

Als Reaktion auf die anhaltenden Bedrohungen von Umwelt- und Men-

schenrechtsaktivist_innen hat pbi nun beschlossen, das Freiwilligenteam in Tegucigalpa zu vergrößern. Die dafür ausgewählten sieben neuen Freiwilligen wurden von pbi intensiv auf ihre herausfordernde Aufgabe vorbereitet. Sie werden mindestens ein Jahr vor Ort sein, um mittels der Schutzbegleitung den bedrohten Aktivist_innen einen größeren Handlungsspielraum zu ermöglichen und durch die internationale Präsenz eine stärkere Aufmerksamkeit auf die Menschenrechtssituation in Honduras zu richten.



Ein Abkommen und doch kein Frieden

„Das Schweigen der Waffen bedeutet nicht gleich Frieden“, mit diesen Worten erklärte der von pbi begleitete Menschenrechtsanwalt Franklin Castañeda schon vor zwei Jahren ein mögliches Postkonfliktszenario für Kolumbien. Mit dem Abschluss des Waffenstillstandes zwischen der Guerilla der FARC und der Regierung Santos im Juni dieses Jahres rückte dieses Szenario mehr und mehr in den Blickpunkt der Menschenrechtsorganisationen. Einen Monat später konnten die Verhandlungspartner bereits den erfolgreichen Abschlusses der Friedensgespräche verkünden. Doch Anfang Oktober überraschte die kolumbianische Bevölkerung mit einem „Nein“ zum Friedensvertrag die Welt.

Mit der Unterschrift zum Friedensabkommen am 26. September in der kolumbianischen Hafenstadt Cartagena wurde der mehr als 50 Jahre andauernde Konflikt eigentlich für beendet erklärt. Voreilig wurde dies im In- und Ausland als „historisch“ bezeichnet. Denn nur eine Woche später endete mit dem „No“-Votum der Kolumbianer_innen beim Referendum schon wieder die euphorische Aufbruchsstimmung. Es ist noch völlig unklar, wie sich die Lage weiter entwickeln wird und ob Präsident Santos seine Regierung und der Guerilla-Chef Timochenko seine Organisation hinter sich und auf dem Weg zum Frieden halten können. Präsident Santos hat bereits Gespräche mit Vertreter_innen der verschiedenen politischen Lager aufgenommen. Der Waffenstillstand wurde bis zum 31. Dezember verlängert. Eine Nachverhandlung von Teilen des Friedensabkommens könnte eine Lösung sein – auch wenn unklar bleibt, ob die FARC zu weiteren Zugeständnissen bereit sind. Vonseiten der sozialen Bewegungen werden Befürchtungen laut, dass dies sich negativ auf die Berücksichtigung der Opfer im Friedensabkommen auswirken könnte.

Der Frieden schien so nah, und auch wenn das Abkommen von vielen Seiten kritisiert wurde, wäre „dieser unperfekte Frieden doch besser als ein perfekter Krieg“ gewesen, wie sich der kolumbianische Präsident Santos ausdrückte. Kolumbien sieht sich erneut mit einer ungewissen Zukunft konfrontiert. Ein Drahtseilakt vor allem für die am stärksten vom Konflikt betroffenen Regionen und die dort aktiven Menschenrechtsverteidiger_innen. Man kann heute noch nicht sagen, wie sich die neue Situation auf die Lage der Menschenrechte im Land auswirken wird, doch lässt die polarisierte Stimmung zwischen Befürworter_in-

nen und Gegner_innen des Friedensvertrages nichts Gutes erwarten.

Ungewissheit nach dem gescheiterten Referendum

Die instabile Situation nach dem gescheiterten Referendum und die möglichen Konsequenzen für die Zivilbevölkerung sind beunruhigend. pbi schließt sich den Tausenden von Kolumbianer_innen an, die das Friedensabkommen unterstützen und eine Lösung für die derzeit ungewisse Situation fordern. Vielerorts ist es in den vergangenen Wochen zu Demonstrationen gekommen. Es wird bereits von einer neuen Friedensbewegung gesprochen. Das Friedensabkommen zwischen der Regierung und der FARC stellt aus Sicht von pbi weiterhin einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden dar. Wie die Abstimmung gezeigt hat, ist aber die Unterzeichnung eines Abkommens nicht die einzige Bedingung zur Schaffung von Frieden in Kolumbien.

pbi wurde durch die direkte Begleitung von Opfern des Konflikts und bedrohten Menschenrechtsverteidiger_innen trauriger Zeuge der Menschenrechtsverbrechen im Land. Für pbi ist Frieden in Kolumbien weiterhin möglich, doch ist es dafür besonders wichtig, auch in einem weiteren möglichen Friedensprozess die Stimmen der Opfer und die der sozialen Organisationen zu hören und einen Konsens in der Bevölkerung zu finden.

Die Bevölkerung der Regionen, die am stärksten vom Konflikt betroffenen sind, hat dafür die Richtung vorgegeben. Mehrheitlich haben die Opfer der Gewalt für den Friedensvertrag gestimmt und damit ein deutliches Zeichen für die Aussöhnung und den Dialog gegeben. Auf diesem Weg will



Foto: Leo Villamizar

Auch nach dem Nein bleibt die Hoffnung

pbi sie weiter begleiten und fordert ein Ende der Aggressionen gegen Menschenrechtsverteidiger_innen und gegen diskriminierte Gruppen wie Indígenas, Bäuer_innengemeinschaften, Afrokolumbianer_innen und die LGBTI-Community. Es ist wichtig, gerade in dieser unruhigen und unsicheren Zeit den Raum für Frieden nicht kleiner werden zu lassen. Die Partizipationsmöglichkeiten von Menschenrechtsverteidiger_innen müssen ohne Furcht vor Repressionen gewahrt werden.

Die Gewalt richtet sich nun gegen weniger bekannte Bauernführer_innen

Denn obwohl die Regierung Santos und die FARC wiederholt beteuert haben, sich weiterhin um den Frieden in Kolumbien zu bemühen, könnten Menschenrechtsverteidiger_innen einem erhöhten Risiko ausgesetzt sein. Dies vermutet auch Carlos Andrés Guevara, ein Mitglied der NGO Somos Defensores, in der Wochenzeitschrift *Semana*: „Wir machen schon seit Längerem darauf aufmerksam, dass ähnlich wie bei Friedensabkommen in anderen Ländern es zu einer einseitigen Verschlimmerung der Gewalt

kommen könnte.“ Während die Gefechte und Verluste der Regierungstruppen und der Guerilla zurückgehen, richtet sich die Gewalt nun gegen Bauernführer_innen, die in der Öffentlichkeit weniger bekannt sind und eher auf lokaler Ebene agieren. Guevara führt aus: „Das Ziel der Angriffe sind nicht die bekannten Menschenrechtsaktivist_innen, weil deren Tod politische und soziale Konsequenzen für die Hintermänner der Attentate haben könnte.“

Während sich die Öffentlichkeit auf die Unterzeichnung des Friedensvertrages und das Referendum vorbereitete, sahen sich die nationalen NGOs mehr und mehr heftigen Angriffen ausgesetzt. Nach Angaben von Somos Defensores wurden im Zeitraum zwischen Juli und September dieses Jahres 63 Menschenrechtsverteidiger_innen Opfer von Aggressionen, die ihr Leben und ihre Arbeit als Menschenrechtsverteidiger_innen gefährden. Nur allein in diesen drei Monaten wurden 19 Menschenrechtsverteidiger_innen getötet. Deshalb ist es unbedingt notwendig, Gemeinden und Menschenrechtsverteidiger_innen zu schützen, die aufgrund ihres Engagements bedroht und verfolgt werden. Dafür müssen die neoparamilitärischen Strukturen aufgelöst werden. Dies ist eine grundlegende Bedingung für den Friedensaufbau.

Es ist besorgniserregend, dass neoparamilitärische Gruppen nun wieder öffentlicher auftreten können. Insbesondere im Department Urabá, im Nordwesten Kolumbiens, einem Gebiet, in dem pbi seit vielen Jahren Menschenrechtsverteidiger_innen und Gemeinden begleitet, häufen sich die Meldungen über ihre Präsenz. Die Neoparamilitärs agieren immer häufiger uniformiert, präsentieren sich bewaffnet und drohen, die Zivilbevölkerung als Schutzschild zu miss-



„Für alles, was uns eint, und gegen alles, was uns trennt“ – Forderung der Friedensbewegung

brauchen sowie Gebiete zurückerobert zu wollen. Doch nicht nur in Urabá ist die Lage bedrohlich. Nach Angaben von Beobachter_innen sind neoparamilitärische Gruppen nahezu im ganzen Land aktiv. Durch ihre Präsenz bedrohen sie nicht nur Gemeindeführer_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen, sondern auch den gesamten Friedensprozess. Somos Defensores geht davon aus, dass im ersten Halbjahr 2016 neoparamilitärische Gruppen für 68 % aller Aggressionen gegen Menschenrechtsverteidiger_innen verantwortlich waren.

Zwischen Hoffnung und Skepsis

Auch wenn das Referendum vorerst gescheitert ist, ist ein historischer Schritt zur Beendigung des bewaffneten Konfliktes getan. Es gibt daher Grund zur Hoffnung. Die entstehende Friedensbewegung unterstreicht den Wunsch nach einer baldigen und friedlichen Lösung. Auch die Verhandlungen mit der ELN, der zweitgrößten Guerillagruppierung in Kolumbien, sollen nun vorangebracht werden. Der Wunsch nach

Frieden ist größer denn je. Und die Entscheidung des Osloer Friedensnobelpreiskomitees, den Preis Präsident Santos zu überreichen, kann als eine internationale Unterstützung in diese Richtung betrachtet werden. Die internationale Gemeinschaft erneuert damit ihren Wunsch nach Frieden in Kolumbien. Santos selbst widmete den Preis allen Kolumbianer_innen und besonders den vielen Millionen Opfern des Krieges.

pbi hat in den vergangenen Wochen verschiedene Begleitete zu dem Friedensprozess zwischen FARC und Regierung befragt. Die Stimmen schwanken zwischen Hoffnung und Skepsis. Es liegt noch viel Arbeit vor einer endgültigen Aussöhnung. Dazu müssen insbesondere auch Fragen geklärt werden, wie ein „sozial gerechter Frieden“ erreicht werden kann. Gerade jetzt ist es wichtig, dass die internationale Gemeinschaft die Menschenrechtslage im Land genau beobachtet und kritisch analysiert. Sie ist nun aufgerufen sicherzustellen, dass der Weg hin zu einem anhaltenden und nachhaltigen Frieden weitergegangen wird.

Für eine Kultur des Friedens

Das Bildungsprojekt von pbi wendet sich an Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Mit kreativen und partizipativen Methoden werden die globalen Dimensionen von Menschenrechtsverletzungen aufgezeigt. Durch Ansätze der gewaltfreien Konfliktlösung und Vermittlung von Werten des friedlichen Miteinander soll eine Kultur des Friedens gefördert werden. Einen neuen Raum dafür gibt es nun in der KulturKapelle in Hamburg-Wilhelmsburg.

Was haben Palmöl-Plantagen in Indonesien eigentlich mit mir zu tun? Welchen Einfluss hat mein Konsumverhalten auf Konflikte? Solchen Fragen geht das Bildungsprojekt von pbi nach. Dafür kommt pbi in Schulen, besucht Konfirmand_innen, organisiert Vorträge und vermittelt im Puppentheater des Friedens schon den Kleinsten die Werte eines friedlichen Zusammenlebens. Diese Seminare und Workshops werden oft von ehemaligen Freiwilligen aus den Projekten von pbi durchgeführt. So etwa von Paul Metsch, der mit pbi in Indonesien war und sein Wissen und persönliche Erfahrungen in die Veranstaltungen einbringt. „Die riesigen Palmöl-Plantagen in Indonesien zerstören die Lebensgrundlage der dort lebenden Menschen. Wir im globalen Norden nutzen dieses Palmöl für die Herstellung unserer täglichen Konsumgüter.“

Globales Lernen

Gemeinsam mit der pbi-Referentin Heike Kammer hat er zur Eröffnung der KulturKapelle ein Puppentheater zum Thema Umweltverschmutzung aufgeführt. In der bereits 1902 erbauten Kapelle im Stadtteil Wilhelmsburg, die schon seit längerer Zeit

nicht mehr für religiöse Zwecke genutzt wird, wurde ein neuer Raum für entwicklungspolitische Bildung geschaffen.

Seit 2015 war das pbi Bildungsprojekt zusammen mit einem Trägerkreis verschiedener Organisationen im Bereich entwicklungspolitischer Bildung an der Planung eines außerschulischen Lernortes beteiligt. Der gemeinsame Fokus ist das Globale Lernen, mit einem vielfältigen Angebot sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für Erwachsene rund um Themen globaler Entwicklungen. Die KulturKapelle wendet sich an Menschen, die sich mit einer globalisierten Welt auseinandersetzen und kritisch auf tagesaktuelle politische Entwicklungen blicken möchten. Auf Initiative öffentlicher regionaler Bildungsträger entstand die Idee des außerschulischen Lernortes, um die Angebote der Hamburger Bildungslandschaft zu erweitern und einem breiteren Publikum zugänglich zu machen.

Seit Mitte dieses Jahres stellt das Bezirksamt Mitte dafür die KulturKapelle im Wilhelmsburger Inselpark als Raum für Workshops und Veranstaltungen zur Verfügung. Neben der Nutzung für Bildungsangebote soll die KulturKapelle ein



pbi-Referent Paul Metsch (links) bei der Eröffnung der KulturKapelle

Ort der Begegnung und des Austausches in Wilhelmsburg sein. Dementsprechend wird das Bildungsprogramm durch Veranstaltungen, Aktionen im Park und Stadtrundgänge ergänzt.

Theater der Unterdrückten

Das pbi Bildungsprojekt wird sich weiter in der KulturKapelle engagieren und eine regelmäßige offene Theatergruppe zum Thema Menschenrechte anbieten. Damit soll ein Forum nicht formeller Bildung geschaffen werden, an dem alle Interessierten des Stadtteils und der Umgebung teilnehmen können. Angeleitet werden die Theaterabende von den Referent_innen des pbi Bildungsprojektes. Dabei werden unter anderem Methoden des Theaters der Unterdrückten erprobt. Diese Form des Theaters nutzt interaktive Aktionsformen, um Konflikte oder Situationen von Unterdrückung darzustellen und spielerisch aufzulösen. Ziel der Theaterabende ist es, eine Stimme und einen Ausdruck für gewaltfreie Konfliktbearbeitung zu

finden, frei nach dem Motto von pbi: making space for peace.

Dabei ist es ein Anliegen des Bildungsprojekts, andere Ausdrucksformen zu finden, die auch nonverbale Kommunikation beinhalten, damit sich vor allem auch Menschen mit weniger Sprachkenntnissen an dem Projekt beteiligen und ihre Alltagsprobleme miteinander teilen können. Die Teilnehmer_innen haben die Gelegenheit, ihre persönlichen Geschichten und konkrete Alltagssituationen nachzuspielen, um in der Gruppe Lösungsansätze und Handlungsspielräume aufzuzeigen sowie Handlungsalternativen auszuprobieren. Die Gruppe soll von der Vielfalt und Interaktivität leben, eigene Erfahrungen einbringen und austauschen und dadurch gemeinsam Lösungen finden.

Dafür bietet die KulturKapelle einen offenen Raum und lädt alle Interessierten zum Mitmachen ein.

Text: Sarah Fritsch, Nadine Rosenkranz



Menschenrechte im Exil

Foto: Igor Rugwiza

Seit der umstrittenen Wiederwahl des burundischen Präsidenten Pierre Nkurunziza für eine dritte Amtszeit befindet sich das ostafrikanische Land in einer tiefen Krise. Die Regierung geht hart gegen die Opposition vor. Es wird von Tötungen, willkürlichen Inhaftierungen, Folter, sexueller Gewalt sowie Fällen des Verschwindenlassens berichtet. Menschenrechtsaktivist_innen und Journalist_innen werden bedroht und sind wie viele Burunder_innen geflohen. Einige von ihnen unterstützt pbi im kenianischen Exil.

Text: Magdalena Krakau

Im Frühjahr 2015 verkündete die burundische Regierungspartei CNDD/FDD (Nationalkomitee/Kräfte zur Verteidigung der Demokratie), Präsident Pierre Nkurunziza würde für eine dritte Amtszeit kandidieren. Burundisches Recht schreibt jedoch vor, dass ein Präsident nur für zwei Amtszeiten regieren darf. Trotzdem bewarb sich Nkurunziza und wurde im Juli 2015 in einer von internationalen Beobachter_innen stark kritisierten Wahl wiedergewählt. Diese verfassungswidrige Machtverlängerung wurde zunächst von friedlichen Protesten begleitet. Unter zunehmenden Repressalien der Regierung wurden einige Oppositionsgruppen allerdings nach und nach immer radikaler und gewaltbereite Rebellengruppen formierten sich. Fast zwei Jahre später ist die politische Lage in Burundi weiterhin prekär. Grundlegende Menschenrechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung sind eingeschränkt, die Regierung hat viele Radiostationen geschlossen oder reguliert sie stark.

250.000 Menschen sind aus Burundi geflohen

Nichtregierungsorganisationen schätzen, dass es zwischen Frühjahr 2015 und 2016 zu etwa 4.300 willkürlichen Verhaftungen, 700 Tötungen und 800 Fällen von Gewalttätigem Verschwindenlassen kam. Insgesamt sind in den vergangenen Jahren über 250.000 Menschen aus Burundi geflohen. Die Zugehörigkeit zu bestimmten Bevölkerungsgruppen ist kein ausschlaggebender Faktor für den Konflikt unter den verschiedenen Gruppen. Allerdings benutzen Regierung und Opposition diese Zugehörigkeiten mittlerweile, um den

Konflikt weiter anzuheizen. Sorge bereitet auch, dass das von der Regierungspartei dominierte Parlament im Oktober den Austritt aus dem Internationalen Strafgerichtshof erklärt hat. Das Parlament hat sich für diesen Schritt entschieden, nachdem der Strafgerichtshof Voruntersuchungen wegen des Verdachtes von schweren Menschenrechtsverletzungen in Burundi eingeleitet hatte.

Verbot von Nichtregierungsorganisationen

In dieser angespannten politischen Atmosphäre ist die Arbeit von Menschenrechtsverteidiger_innen sehr schwierig und gefährlich. Die burundische Regierung schränkt deren Handlungsspielraum so weit ein, dass einige von ihnen ihre Arbeit einstellen mussten. Auch werden Verbrechen oder Drohungen gegen Mitglieder der Zivilgesellschaft oft nicht geahndet. Das genaue Ausmaß der Bedrohungen lässt sich schwer einschätzen, da auch Journalist_innen in den Krisenherden kaum noch arbeiten können und verlässliche Daten daher schwer zu beschaffen sind. Im Winter 2015 verbot die burundische Regierung vorübergehend mehrere Nichtregierungsorganisationen. Führende Menschenrechtsverteidiger_innen, die wiederholten Bedrohungen oder Attentaten ausgesetzt waren, mussten fliehen und im benachbarten Ausland Schutz suchen. Einige der burundischen Menschenrechtsorganisationen arbeiten vom Exil aus weiter, andere Einzelpersonen sind ohne rechtlichen Status und unter prekären Bedingungen aktiv. Sie unterstützen die wenigen Aktivist_innen, die noch im Land sind und unter hohem Risiko weiterhin versuchen, Informationen zu sammeln

und Opfer zu begleiten. Häufig sind dies junge Menschen mit wenig Erfahrung, die nun, da die erfahrenen Personen ins Exil mussten, gezwungen sind, plötzlich ihren Platz einzunehmen, ohne bekannt werden und sichtbar sein zu dürfen. Sie haben jede mögliche Unterstützung ihrer Kolleg_innen im Exil nötig, welche die von ihnen gesammelten Informationen aufbereiten und weitergeben. Dabei sind beide Gruppen in Gefahr.

„Wir wissen, wo ihr wohnt,
und sind bereit, euch zu töten“

Viele burundische Menschenrechtsverteidiger_innen flohen ins benachbarte Kenia ins Exil. Die genaue Zahl ist nicht bekannt. Kenianische Behörden berichten, dass Geflüchtete sich an sie wenden, da sie von Anhänger_innen der burundischen Regierung bedroht werden. Diese Regierung wirft den Burunder_innen im Exil vor, sie würden ein schlechtes Bild ihres Heimatlandes in der Welt verbreiten. Am 1. Januar 2016 wurde Jean De Dieu Kabura, Mitglied der burundischen Opposition, tot in Nairobi aufgefunden. Ein weiterer Menschenrechtsverteidiger, der sich für die Untersuchung des Mordfalls einsetzte, sowie kenianische Unterstützer, die sich für ihre burundischen Kolleg_innen engagierten, wurden per SMS bedroht: „Wir wissen, wo ihr wohnt, und sind bereit, euch zu töten.“

So wurde bald auch das Projekt von pbi in Kenia auf die Situation der burundischen Aktivist_innen aufmerksam und versucht nun, Wege zu finden, um diesen mutigen Menschen im Exil zu helfen. Nachdem die ersten Burunder_innen den Kontakt zu pbi gesucht hatten, begann

pbi sie zu ihrem Schutz zu begleiten, etwa zu Polizeistationen oder zur burundischen Botschaft in Nairobi. Seitdem berät das Team von pbi sie in Sicherheitsfragen, damit sie ihr Risiko besser einschätzen und vorbeugende Maßnahmen ergreifen können. Des Weiteren versucht pbi, mit anderen Nichtregierungsorganisationen zusammenzuarbeiten, um ein großes Netzwerk von Unterstützer_innen aufzubauen. Die Arbeit mit Aktivist_innen im Exil ist für pbi besonders herausfordernd: die Geflüchteten leben und arbeiten meist versteckt. An die eigene Sicherheit zu denken fällt sehr schwer, wenn das Nötigste zum Leben fehlt. Zudem haben sie großes Misstrauen gegenüber anderen Burunder_innen im Exil aus Angst, dass diese für die Regierung arbeiten könnten. Deshalb greifen lokale Netzwerke als Sicherheitsstrategie nur bedingt.

Die Geflüchteten leben und
arbeiten meist versteckt

Trotz dieser Herausforderungen will pbi für den Schutz der Menschenrechtsverteidiger_innen im Exil arbeiten, die eine wichtige Rolle spielen. Um die Konfliktparteien in Burundi an den Verhandlungstisch zu bringen und die Regierungschefs der Ostafrikanischen Gemeinschaft und Afrikanischen Union ihrer Verantwortung zu ermahnen, muss Druck auf sie ausgeübt werden. Dafür ist es unerlässlich, dass burundische Menschenrechtsverteidiger_innen im Exil trotz des Risikos weiterarbeiten und gemeinsam mit ihren Kolleg_innen, die noch in Burundi sind, Menschenrechtsverletzungen dokumentieren und bekannt machen.



„In Burundi werden wir als Feinde betrachtet“

Die 29-jährige Radiojournalistin Inès Gakiza musste aufgrund der zunehmenden Gewalt und Repression ihre Heimat Burundi verlassen. Auf Einladung der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte lebt und arbeitet sie ein Jahr lang in Hamburg. Inès Gakiza ist die diesjährige Preisträgerin des Johann-Philipp-Palm-Preises für Presse- und Meinungsfreiheit. pbi hat mit ihr über die Situation in Burundi gesprochen.

► **pbi:** Welchen Bedrohungen sahen Sie sich in Burundi ausgesetzt?

► **Inès Gakiza:** Als Journalistin für einen privaten und unabhängigen Rundfunksender war es ein großes Risiko, in Burundi zu bleiben, da wir als Feinde betrachtet werden. Zu Beginn der Krise erhielt ich Drohungen von einer unbekannten Person, weil ich über Mord, Betrug und andere Verbrechen berichtet habe. Über

ein Familienmitglied wurde mir zudem mitgeteilt, dass ich aufpassen solle und mich auf gefährlichem Terrain bewege. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen traf ich die Entscheidung, mein Land zu verlassen, um mein Leben zu retten.

► **pbi:** Wie beurteilen Sie die Situation der Menschenrechte in Burundi?

► **Inès Gakiza:** Die Situation in meinem Land ist immer noch sehr gefährlich für Menschenrechtsverteidiger_innen. Weiterhin werden Menschen umgebracht und es gibt keinen unabhängigen Radiosender in Burundi mehr, um darüber zu berichten. Wir müssen aus dem Exil arbeiten, genau wie die Menschenrechtsverteidiger_innen. Die Regierung hat unsere Rundfunkstation zerstört und einige NGOs geschlossen in der Hoffnung, dass niemand die Morde diskutieren würden, die sie geplant haben. Es hat sie natürlich frustriert zu sehen, dass wir auch im Exil weiter entschlossen die Rechte von Burunder_innen schützen.

► **pbi:** Wie steht es um die Burunder_innen, die in die Nachbarländer geflohen sind?

► **Inès Gakiza:** Burunder_innen im Exil sind wie alle Geflüchteten in einer schwierigen Lage. Auch im Exil werden wir als sogenannte Feinde der Regierung weiter verfolgt und in manchen Fällen sogar getötet. Agenten des Geheimdienstes und Milizen der Regierung verfolgen Burunder_innen in Kenia, Uganda, Tansania und Kongo. Wie viele Vorfälle zeigen, sind diese Länder leider nicht sehr bemüht, Burunder_innen auf ihrem Staatsgebiet zu schützen.

Interview: Holger Harms

Spenden Sie zu einem Anlass

**Spenden
sind ein Geschenk!**
Sammeln Sie Spenden zu
Ihrem Geburtstag, Ihrer
Hochzeit oder einem
Jubiläum.

Sie wollen die Arbeit von pbi unterstützen? Wir möchten Sie darüber informieren, dass Spenden zu einem Anlass möglich sind. Beispiele für Anlässe sind: Geburtstage, Hochzeiten, Trauerfälle und Jubiläen. Sie haben einen Anlass in Ihrer Familie, unter Freund_innen oder Kolleg_innen. Zu diesem Anlass möchten Sie die Begleitung der Menschenrechtsverteidiger_innen fördern?

Es gibt zwei Möglichkeiten zu spenden:

► Ihre Gäste überweisen eine Spende

Sie vereinbaren mit uns ein Kennwort. Ihre Gäste überweisen mit diesem Kennwort eine Spende an pbi. Anschließend erhalten Sie von uns eine Liste der Spender_innen und die Mitteilung über die Gesamtsumme der Spenden. Ihre Gäste erhalten ab einer Spende von 20,00 Euro automatisch Anfang des Folgejahres eine Zuwendungsbestätigung über die jeweils gespendeten Beträge.

► Sie machen eine Sammelüberweisung

Sie vereinbaren mit uns ein Kennwort. Auf Ihrer Feier können Sie die Spenden zu Ihrem Anlass sammeln. Anschließend überweisen Sie das gesammelte Geld unter Angabe des Kennwortes an pbi.

Unsere Kontoverbindung

pbi – Deutscher Zweig e. V.
GLS Bank

IBAN: DE14430609672020406000
BIC: GENODEM1GLS

Gern schicken wir Ihnen für Ihre Gäste Informationsmaterial über pbi zu. Bei Fragen oder Wünschen zum Ablauf können Sie sich gern telefonisch unter 040/38 904 370 an uns wenden. Oder Sie schreiben eine E-mail an: melanie.ruecker@pbi-deutschland.de

Sie haben andere Ideen, wie Sie sich für die Begleitung von Menschenrechtsverteidiger_innen einsetzen wollen? Wir freuen uns auf Ihren Anruf oder Ihre Nachricht.

Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung.



Über pbi

► **peace brigades international (pbi)** ist eine von den Vereinten Nationen anerkannte Menschenrechtsorganisation und seit 1981 in Krisengebieten tätig. pbi arbeitet unabhängig von wirtschaftlichen Interessen und hat keine bestimmte politische oder religiöse Ausrichtung. Auf ausdrückliche Anfrage lokaler Gruppen, die von politisch motivierter Gewalt bedroht sind, organisiert pbi eine schützende Präsenz mithilfe internationaler Freiwilligenteams. Auf diese Weise bleiben Handlungsräume für eine gewaltfreie Konfliktbearbeitung erhalten. Hierbei sind beide – Beschützte und Begleitende – durch ein weltweites Alarmnetzwerk mit Kontakten zur Politik, Diplomatie und Zivilgesellschaft abgesichert.

Wenn Sie mehr Informationen über pbi erhalten möchten, schicken Sie das ausgefüllte Formular an unsere Adresse, oder schreiben Sie eine E-Mail an: info@pbi-deutschland.de

Impressum

► **pbi – Deutscher Zweig e.V.**
Bahrenfelder Str. 101a, 22765 Hamburg
Tel. 040 / 3890437 – 0
► info@pbi-deutschland.de
► **Redaktion:** Alexander Weber, Nadine Rosenkranz, Meg Bryan, Holger Harms (V.i.S.d.P.)
► **Bilder:** pbi Kolumbien, Leo Villamizar, Karin Gerdes, Igor Rugwiza, Inès Gakiza, Gabriele Goschke
► **Mit freundlicher Unterstützung**
des Zivilen Friedensdienstes

zfd

Kontaktformular

Ich möchte mehr Informationen und ...

- ☐ abonniere den halbjährlichen Rundbrief
- ☐ abonniere den Newsletter (E-mail)
- ☐ möchte Informationsmaterial zu: _____
- Vorname, Name: _____
- Adresse: _____
- E-mail: _____
- Telefon: _____

Ich unterstütze pbi und...

- ☐ spende einmalig _____
- ☐ spende monatlich 10€ | 25€ | 50€ | _____
- ☐ Bitte buchen Sie den oben genannten Betrag von meinem Konto ab:
- IBAN/Kto-Nr: _____
- BIC/BLZ: _____
- Name des Geldinstituts: _____
- Datum: _____ Unterschrift: _____

Spendenkonto:

GLS Bank
IBAN: DE14430609672020406000
BIC: GENODEM1GLS
Spenden an pbi sind steuerlich absetzbar.



»Frieden ist lernbar – dabei unterstütze ich das Bildungsprojekt von pbi! Mit dem Wissen um Menschenrechte und ihrer Achtung steigt die Friedensfähigkeit in Deutschland und weltweit.«

Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach
Friedensforscherin

Foto: Gabriele Goschke